

BAUWIRTSCHAFT UND BAURECHT

AUSSTELLUNGEN, MESSEN

HERAUSGEBER: REG.-BAUMEISTER FRITZ EISELEN

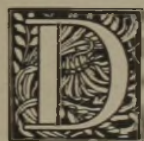
Alle Rechte vorbehalten. — Für nicht verlangte Beiträge keine Gewähr.

61. JAHRGANG

BERLIN, DEN 23. FEBRUAR 1927

Nr. 4

Kritische Betrachtungen über „Zentrale Bauwirtschaft für Groß-Berlin auf gemischt-wirtschaftlicher Grundlage“.



Die Wohnungsnot ist ein Krebschaden am Körper des deutschen Volkes und ihre Behebung des Schweißes der Edlen wert. In ganz besonderem Maße haben natürlich die Großstädte und so auch Berlin unter diesem Übel zu leiden. Bisher sind hier alle Versuche, der Not zu steuern, wenig erfolgreich gewesen, denn was will die jährliche Erstellung von rund 12 000 Neubauwohnungen bei einem zeitigen Wohnungsrest von etwa 100 000 Wohnungen — so hoch muß diese Zahl für Berlin mindestens geschätzt werden — ernstlich besagen. Mußte doch auch der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Wohnungsfürsorge-Ges. m. b. H. Berlin, Stadtrat Wutzky, in der Antwort auf die Umfrage: „Die Aussichten für das Baujahr 1927“ („Dtsch. Bauztg.“ Nr. 1/2, 1927) feststellen, daß der „Umfang des mit Hilfe der Beleihungen aus dem Hauszinssteuer-Aufkommen ermöglichten Wohnungsbaus mit Rücksicht auf den vorliegenden Bedarf unverhältnismäßig gering und nicht geeignet ist, die in der Großstadt in der krasssten Form in Erscheinung tretende Wohnungsnot wirksam zu bekämpfen und letzten Endes zu beseitigen. Die Ziffern von i. d. J. 1924—1926 erteilten Zugangsgenehmigungen sind höher als die Zahl der fertiggestellten oder mit den verfügbaren Mitteln beleihbaren Wohnungen“. Unter diesen Umständen ist es nur zu begrüßen, wenn von möglichst vielen Seiten an der Beseitigung der auf die Dauer unhaltbaren Zustände unserer Wohnungswirtschaft gearbeitet wird und Vorschläge für die billige Schaffung von Wohnungen gemacht werden, was ja, wenn es in ausreichendem Maße geschieht, die Lösung des Problems bedeuten würde.

Als ein Beitrag hierfür ist kürzlich von dem bekannten Grundstücksdezernenten der Stadt Berlin, Herrn Stadtrat P. Busch, eine kleine Schrift: „Zentrale Bauwirtschaft für Groß-Berlin auf gemischt-wirtschaftlicher Grundlage. Gedanken und Vorschläge“ erschienen*). Der Verfasser weist wieder einmal auf die engen Zusammenhänge zwischen der Belegung der Bauwirtschaft und der sozialen Erwerbslosenfürsorge hin und setzt sich die Schaffung einer großen Zahl von Wohnungen in kurzer Zeit zu Friedensmietpreisen zum Ziel, Gedanken von solcher Bedeutung und Tragweite, daß es sich der Mühe verlohnt, sie einer kurzen kritischen Würdigung zu unterziehen:

Die Schrift gliedert sich ihrem Inhalt nach in zwei Teile. Diese umfassen:

A. Den heutigen Zustand der Bauwirtschaft in Groß-Berlin.

B. Vorschläge für eine neue zentrale Bauwirtschaft.

In dem ersten Abschnitt unter A wird vorweg ein kurzer Vergleich gezogen zwischen den Zuständen auf dem Bauparkt vor dem Kriege und den jetzigen. Hierbei wird die durchschnittliche Leistungsfähigkeit des früheren Bauunternehmers, wenn ihm 10 bis 30 v. H. Eigenkapital des zu errichtenden Neubaus zugesprochen wird, wohl etwas überschätzt. Die jetzigen Träger der Neubautätigkeit sind, wie richtig ausgeführt ist, zumeist Aktiengesellschaften, Gesellschaften m. b. H., Genossenschaften usw. „mit der Tendenz und dem Charakter der Gemeinnützigkeit“, die im allgemeinen nur mit Hilfe der Hauszinssteuer und mangels eigenen Kapitals mit Zuschüssen von irgendwelcher Seite arbeiten können.

Der Verfasser trennt sie nach Gruppe I: Städtische Gesellschaften, Gruppe II: Privatgesellschaften und Gruppe III: Privatunternehmer, die aber für den Wohnungsbau zur Zeit kaum in Betracht kommen. Den beiden ersten Gruppen wird der Vorwurf gemacht, „mit unzulänglichen Mitteln minderwertige Bauten zu teuren Mieten herzustellen“. Ein Beweis hierfür wird allerdings nicht geliefert, und es wird Sache der Gesellschaften sein, falls sie es für erforderlich halten, sich gegen diesen Vorwurf zu verteidigen.

Richtig ist, daß keine dieser Gesellschaften bauen könnte, wenn ihr nicht Hauszinssteuer- und Zusatzhypotheken gewährt würden. Dies trifft aber zur Zeit allgemein auf alle Bauvorhaben für Wohnungszwecke zu, und es wird immer ein Verdienst der angezogenen Gesellschaften bleiben, wenn auch in geringem Umfange, zur Beseitigung der Wohnungsnot beigetragen zu haben.

Unter B entwickelt der Verfasser seine Gedanken über die neue zentrale Bauwirtschaft. Gleich anfangs stellt er den unzweifelhaft richtigen Grundsatz auf, daß „die Hauszinssteuer als solche natürlich fallen müsse, sobald die Wohnungsnot und Wohnungszwangswirtschaft beseitigt sind und sobald die öffentliche Bauwirtschaft, der Bauparkt wieder in normalen Bahnen sich bewegen“. Selbstverständlich müssen dann als Ersatz für die fehlenden, jetzt aus dieser Steuer fließenden Mittel (2. Hypotheken) andere Quellen ergiebig gemacht werden, und dies können m. E. nur, wie vor dem Kriege, in ausreichendem Maße die Privatgelddgeber sein; allerdings wird es noch eine geraume Zeit dauern, bis das Publikum wieder Neigung verspüren wird, sich der unsicheren, zweistelligen Beleihung zuzuwenden, bzw. bis es wieder dazu in der Lage sein wird. Jedenfalls will der Verfasser erst einmal die Hauszinssteuer in jetziger Höhe auf 10 Jahre festlegen, was auch in unserer schnelllebigen Zeit eine recht lange Zeitspanne bedeutet. Seine Vorschläge gipfeln dann in folgenden Sätzen:

„1. Die Hauszinssteuer wird auf 10 Jahre stabilisiert, d. h. auf dieselbe Zeitdauer gesetzlich festgelegt.

2. Die so stabilisierte Hauszinssteuer wird als Sicherheit für eine Anleihe von 400 000 000 M. hinterlegt.

3. Diese Anleihe wird im Laufe von 10 Jahren aus dem Aufkommen an Hauszinssteuer für die Stadt Berlin mit jährlich 40 000 000 M. getilgt.

4. Die Zinsen von dieser Anleihe werden nicht von der Zentralen Bauwirtschaft A.-G., sondern von der Kommune, dem Staat und dem Reich nach dem zwischen diesen Behörden bestehenden Verteilungsschlüssel bei der Erwerbslosenfürsorge getragen.

5. Die Hauszinssteuer-Hypothek wird in Zukunft und rückwirkend zinsfrei gewährt, ebenso wird von einer Tilgung derselben Abstand genommen.

6. Die Groß-Berliner Bauwirtschaft wird der Zentralen Bauwirtschaft A.-G. übertragen. Diese finanziert und vergibt die Bauten und überwacht ihre Ausführung. Die Gesellschaft wird mit einem Aktienkapital von 10 000 000 M. gegründet, wovon die Stadt Berlin die Hälfte, die andere Hälfte die Privatwirtschaft aufzubringen hat. Hierdurch wird die Stadt Berlin von weiterer Beteiligung in der Groß-Berliner Bauwirtschaft befreit.“

Gegen die Hergabe der Hauszinssteuerhypotheken à fonds perdu. — denn das bedeutet Satz 5 der Vorschläge, — dürfte nichts einzuwenden sein, nur muß in diesem Falle berücksichtigt werden, daß alsdann, wie der Verfasser auch erwähnt, sich auch die finanzielle Lage der Gesellschaften

unter A erheblich verbessert, daß es diesen ermöglicht wird, größere Abschreibungen bei ihren Gebäuden vorzunehmen und die Mieten entsprechend zu senken.

Die Neubauten der Zentralen Bauwirtschaft A.-G. sollen in Reihenhäusern mit 3—4stöckiger Bebauung ohne Hinterhäuser und Quergebäude errichtet werden, da die Flachbauten und sog. Einfamilienhäuser unrentabel und unzweckmäßig und für die Behebung der Wohnungsnot unwirksam seien. eine Erkenntnis, zu der sich im übrigen auch die Gesellschaften unter A allmählich mehr und mehr durchgerungen haben. Verfasser hofft, mit dem Kapital der Gesellschaft von

10 000 000,—	M. Aktienkapital
400 000 000,—	" Anleihekapital
200 000 000,—	" Restaufkommen aus der Hauszinssteuer, verteilt auf 10 Jahre

zus. 610 000 000,— M.

etwa 80 000 bis 100 000 Wohnungen herzustellen, und rechnet bei den reichen Mitteln auf große Ersparnisse beim Bau durch günstige Abschlüsse in Materialien, so daß es möglich sein würde, die Neubaumieten ganz erheblich, wahrscheinlich bis auf die Grenze der Friedensmiete, herabzudrücken. Zum Nachweis hierfür ist eine Rentabilitätsberechnung aufgestellt worden. Leider gibt diese zu großen Bedenken Veranlassung und muß als irreführend bezeichnet werden. Die Berechnung ist für einen Alt-Hausbesitz (Mietwohnhaus mit 200 000 M. Herstellungspreis in der Vorkriegszeit und 13 000 M. Friedensmiete) und für dasselbe Haus nach heutigen Kosten der Zentralen Bauwirtschaft durchgeführt und zwar für den Altbesitz wie folgt:

„Der Alt-Hausbesitz hat vom Ertrag von 13 000,— M. abzuführen:
 40 v. H. Hauszinssteuer = 5200 M.
 Zinsen (der aufgew. Hypoth.) = 2000 „ (4 v. H. Verz. gerechnet)
 15 v. H. Verwaltungskosten = 2000 „ zus. 9200,— M.

verbleiben als Überschuß 3 800,— M.“

Es ist in Fachkreisen allgemein bekannt, daß in der Vorkriegszeit Häuser mit 1 v. H. Überschuß als normale gute Objekte galten, und es ist daher schon an sich nicht möglich, daß jetzt bei der anerkannten Notlage der Hausbesitzer ein Haus im Werte von 200 000 M. einen Überschuß von 3800 M., d. h. von fast 2 v. H. abwerfen sollte. Die aufgestellte Rechnung muß in wesentlichen Punkten vervollständigt werden. Im Verfolg der Bekanntmachungen über die Mietzinsbildung setzt sich z. Z. die 100 v. H. der Friedensmiete betragende gesetzliche Miete aus folgenden Teilbeträgen zusammen:

Für Hauszinssteuer	40 v. H.	
„ Verzinsung	12,5 „ „	(bei 3 v. H. Verzinsung)
„ Reparaturen	17 „ „	
„ Betriebskosten	18 „ „	
„ gr. Reparaturen	5,5 „ „	47,5 v. H.
„ Verwaltungsk.	7 „ „	

Hieraus ergibt sich, daß von einem Überschuß beim Alt-Hausbesitz im Durchschnitt nicht die Rede sein kann, da die Unkosten nicht 15 v. H., sondern 47,5 v. H. betragen. Der oben errechnete Überschuß verschwindet daher auch sofort, sobald die entsprechenden richtigen Zahlen eingesetzt werden.

Ebenso muß die Berechnung der Rentabilität desselben Hauses nach heutigen Herstellungskosten ergänzt werden. Sie ist wie folgt aufgestellt: „Das oben angenommene Haus kostet heute herzustellen 320 000 M. (nach Index und Praxis 160 v. H. des Friedenspreises), davon

rd. 30 v. H. I. Hypothek	100 000,— M.	zu 7 v. H. =	7000 M.
50 v. H. Hauszinssteuer	160 000 M. m. 1 v. H. zu tilgen		1600 „
eigenes Kapital	60 000,— M.		—
Verwaltungsk.	15 v. H. d. Mietertrages v. 13 000 M.		2000 „
			10 600 M.

Bei gleichem Mietertrage von 13 000 M. bleiben also 2400 M., die eine Verzinsung des eigenen Kapitals von 60 000 M. mit 4 v. H. ergeben.“

Bei der Berechnung der Herstellungskosten ist nicht berücksichtigt, daß in den Kosten auch der Wert des Grund und Bodens miteingeschlossen ist. Dieser ist aber nicht im Verhältnis 100 : 160 gestiegen, sondern im Gegenteil z. T. erheblich unter Friedenspreis gesunken. Diese Unstimmigkeit ist aber nicht so erheblich, um das Gesamtbild wesentlich zu ändern, so daß von einer Berichtigung abgesehen werden kann.

Für die I. Hypothek sind statt der bisher üblichen Verzinsung von 10—12 v. H. (in letzter Zeit 7—9 v. H.) nur 7 v. H. eingesetzt worden mit der Begründung, daß es der kapitalkräftigen, in jeder Beziehung sicher und gut fundierten neuen Zentralen Bauwirtschaft nicht schwer fallen werde, für ihre ersten Hypotheken einen Satz von 7 v. H. und darunter zu erzielen. Im allgemeinen ist für die Höhe der I. Hypothek, die ja in der Regel immer als gesichert

gelten kann, nicht so sehr das einzelne Objekt als vielmehr überwiegend die gesamte allgemeine Lage des Geldmarktes von ausschlaggebender Bedeutung. Wenn die neue Gesellschaft mit einer billigen I. Hypothek rechnet, können auch die unter A behandelten Gesellschaften mit ihr rechnen, woraus auch bei diesen für ihre künftigen Neubauten eine entsprechende Verbilligung der Mieten sich ergeben würde. Der Zinssatz von 7 v. H. soll aber nicht beanstandet werden, und auch der angesetzte Betrag für Tilgung der Hauszinssteuerhypothek und derjenige für Verzinsung des eigenen Kapitals mit 4 v. H. soll vorläufig anerkannt werden, aber für die Unkosten muß natürlich ein der Wirklichkeit entsprechender Betrag von 47,5 v. H. der Friedensmiete eingesetzt werden.

Es ergibt sich dann folgende Rentabilitätsberechnung:

I. Hypothek	7 000,— M.
Hauszinssteuerhypothek	1 600,— „
Eigenes Kapital	2 400,— „
Unkosten 47,5 v. H. des Mietertrages	rd. 6 100,— „

zus. 17 100,— M.

oder, auch nach Fortfall der Tilgung der Hauszinssteuerhypothek, 15 500 M. als Mindestmietensatz, d. h. auch für die von der neuen Gesellschaft zu erstellenden Neubauten wird voraussichtlich eine um rund etwa 20 v. H. erhöhte Friedensmiete erforderlich sein, wobei die für das eigene Kapital angesetzte Verzinsung als unzureichend anzusehen ist.

Hiernach muß die Möglichkeit, die Neubauten der Gesellschaft annähernd zu Friedensmieten herstellen zu können, verneint werden, und, wenn auch der Gedanke, der Bauwirtschaft weiter größere Mittel zuzuführen, an sich lebhaft zu begrüßen ist, so entfällt doch der Hauptgrund für die Gründung der von dem Verfasser vorgeschlagenen neuen Gesellschaft. Außerdem sind noch folgende Bedenken geltend zu machen:

1. Wenn der Wohnungsnot wirklich und tatkräftig gesteuert werden soll, müssen allerdings in Zukunft in Berlin erheblich mehr Wohnungen als in den letzten Jahren errichtet werden, weil sonst durch den weiter anschwellenden jährlichen Mehrbedarf, den man wohl auf rd. 15 000 annehmen kann, der Erfolg bald wieder in Frage gestellt würde. Ob es aber der Berliner Bauwirtschaft möglich sein würde, in so kurzer Zeit, wie es der Verfasser vorschlägt, mit den vorhandenen Facharbeitern die in Aussicht genommene Zahl von rd. 100 000 Wohnungen fertigzustellen, muß bezweifelt werden, desgl. ob es der Bauindustrie möglich sein würde, die erforderlichen Materialien in genügend kurzer Zeit auf den vorhandenen Ziegeleien usw. herzustellen, ohne daß Preistreiberien die Folge sein würden. Vielleicht würde auch ein Streik mit einer Erhöhung der Arbeitslöhne nicht ausbleiben.

2. Selbst wenn die Erstellung von rd. 100 000 Wohnungen in sehr kurzer Zeit, etwa in 2 Jahren, möglich sein sollte, und damit dem zeitigen Wohnungsmangel in Berlin tatsächlich einigermaßen abgeholfen wäre, so würde sich doch in diesem Zeitraum von 2 Jahren ein erneuter Wohnungsbedarf von etwa 30 000 Wohnungen und weiter in jedem Jahre ein solcher von etwa 15 000 Wohnungen ergeben. Aus welchen Mitteln sollen dann diese Wohnungen erstellt werden? Die Hauszinssteuer wäre in voller Höhe auf insgesamt 10 Jahre, also noch auf 8 Jahre, verpfändet, die Mieten der Neubauwohnungen ergeben nach der Rentabilitätsberechnung bei 4 v. H. Verzinsung des Eigenkapitals und mangelndem Überschusse keinen Anreiz für das Privatkapital, Gelder für die Bauwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Das Elend der Wohnungsnot würde also erneut beginnen und binnen kurzem, jedenfalls bis zum Ablauf der Zeit der Verpfändung der Hauszinssteuer, den alten Stand wieder erreicht haben.

Hieraus dürfte sich Folgendes ergeben:

Es wird nicht zu umgehen sein, dem Vorschlage des Volkswohlfahrtsministers zu folgen und eine allgemeine Erhöhung der Mieten in den Althäusern vorzunehmen mit dem Ziel, die Mieten in Althäusern denen in den Neubauten anzugleichen, und gleichzeitig mit dem Erfolg, daß man größere Mittel für die Wiederbelegung des Baumarktes erhält und dem Hauseigentümer eine angemessene Entschädigung für seine persönliche Arbeit und sein Risiko zubilligen kann. Es ist wirtschaftlich unmöglich und finanziell — etwa durch Zuschüsse — undurchführbar, bei einem Bauindex von 160 v. H., der der allgemeinen Verteuerung entspricht, bei den Wohnungen in Neubauten die Friedensmiete innezuhalten. Zu dieser Ansicht hat sich auch der Deutsche Städtetag in seinem Wohnungsbauprogramm, aufgestellt auf Grund der Beschlüsse des Wohnungsausschusses vom 15. Nov. 1926, bekannt, in welchem es heißt: „Eine weitere Erhöhung der Mieten für Althaltungen und damit deren fortschreitende Anpassung

sung an das Preisniveau der gesamten übrigen Wirtschaft erscheint unvermeidlich.“

Es muß danach gestrebt werden, daß die Kreise, die früher den Wohnungsbau betrieben haben und sich heute von ihm fernhalten, wieder Lust zu neuen Unternehmen bekommen. Voraussetzung hierfür ist aber, daß die Zwangswirtschaft allmählich abgebaut wird und das Anlagekapital sich entsprechend verzinst, denn ohne Aussicht auf Gewinn kann kein gewerbliches Unternehmen betrieben werden und würde Niemand Kapital dafür hergeben. Falls sich aber das Privatkapital wieder dem Baumarkte zuwendet, und weiter alle verfügbaren Kräfte organisatorisch zusammengefaßt und alle technischen Möglichkeiten der Typisierung und Normung ausgenützt werden, wird sich, zumal unter

Verwendung der aus den erhöhten Mieten des Altbesitzes fließenden, für Neubauzwecke zu verwendenden Gelder ohne besondere künstliche Mittel die Bauwirtschaft von selbst derart entwickeln, daß die Wohnungsnot eingeschränkt und allmählich behoben und weiter nebenher die auch von dem Verfasser gewünschte Verminderung der Erwerbslosigkeit eintreten wird.

Ein künstliches Niederhalten der Miete, d. h. des für die Erstellung von neuen Wohnungen erforderlichen Preises, bedeutet ein Arbeiten gegen Grundgesetze der Volkswirtschaft, das naturgemäß zur Erfolglosigkeit verurteilt sein muß, denn die Volkswirtschaft läßt sich eben auf die Dauer ohne Schaden an anderer Stelle keinen Zwang antun. —

Richard Blunck, Mag.-Oberbaurat.

Das Bauwesen im preuß. Staatshaushaltsentwurf für 1927.



eit einiger Zeit liegt dem Preuß. Landtage der Staatshaushaltsentwurf für das Geschäftsjahr 1927 vor und wird bereits im Ausschuß beraten. Er zeigt in mancher Hinsicht einen abweichenden Aufbau zu den früheren Fassungen, was seine Übersichtlichkeit und Klarheit erhöht und es gestattet, in den Einzelhaushaltsplänen sämtliche in sich abgeschlossene Verwaltungszweige in Einnahmen und Ausgaben für sich zu verfolgen. Außerdem sind allen Einzelplänen besondere Abschlüsse beigelegt, aus denen ohne weiteres ersichtlich ist, was der betr. Verwaltungszweig dem Staate kostet bzw. welchen Überschuß er bringt. Für die dauernden Ausgaben, die uns hier allerdings nicht näher interessieren, sind außerdem Normalpläne zugrunde gelegt, die eine einheitliche Titeileinteilung zeigen.

Für das Rechnungsjahr 1927 sind veranschlagt:

die laufenden Einnahmen auf	3 312 395 009 M.
die einmaligen Einnahmen auf	161 043 300 M.

zus. 3 473 438 309 M.

die dauernden Ausgaben auf	3 206 686 679 M.
die einmaligen Ausgaben auf	266 751 630 M.

zus. 3 473 438 309 M.

Für bauliche Zwecke kommen, abgesehen von Unterhaltungsarbeiten, nur die einmaligen Ausgaben in Betracht. Von diesen entfallen fast 221 Mill. M. auf bauliche Zwecke*). Die Verteilung auf die einzelnen Verwaltungen, soweit diese überhaupt bauliche Forderungen stellen, ist, geordnet nach der Höhe der Forderungen, nicht nach den Etatstiteln, folgende:

1. Ministerium für Volkswohlfahrt	140 440 000 M.
2. Allg. Finanzverwaltung	25 000 000 M.
3. Ministerium des Innern	16 337 000 M.
4. Minist. f. Wissenschaft, Kunst u. Volksbildung	13 316 900 M.
5. Forstverwaltung	9 925 500 M.
6. Landwirtschaftl. Verwaltung	4 961 900 M.
7. Justizverwaltung	4 825 000 M.
8. Finanzministerium	2 521 000 M.
9. Domänenverwaltung	1 292 000 M.
10. Handels- und Gewerbeverwaltung	1 002 200 M.
11. Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung	615 000 M.
12. Gestütverwaltung	320 460 M.
13. Landtag	51 300 M.

Summe . . . 220 808 260 M.

Nachstehend sind die einzelnen Haushaltpläne in aufsteigender Folge der Höhe ihrer Forderung besprochen:

Landtag. Gesamtforderung 51 300 M. für Ausbesserungen und als erste Rate für Umbau der Fernsprechzentrale im Landtagsgebäude. —

Gestütverwaltung. Diese erfordert an einmaligen Ausgaben für bauliche Zwecke 320 460 M., darunter einen Hauptposten von 100 000 M. für bessere Wegeverbindungen des Gestütes Trakehnen mit der Bahn, 103 900 M. für elektr. Licht- und Kraftanlagen, ebenfalls vorwiegend für Trakehnen, der Rest für Scheunen, Wohnhäuser usw. an verschiedenen Stellen. —

Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung. Bezüglich dieses Haushaltes ist zu bemerken, daß, nachdem der staatliche Bergwerksbesitz in die neue Betriebsform der Aktiengesellschaft übergeführt ist, die Ausgaben dafür nicht mehr im Staatshaushalt erscheinen. Es kommen daher hier nur die einmaligen Ausgaben für die bezüglichen Behörden, Lehranstalten usw. in Betracht. Die diesjährigen Forderungen beschränken sich auf 615 000 M. für die Bergakademie in Clausthal, und zwar 250 000 M. als letzte

Rate für das ehem. Institut, 300 000 M. für eine Turnhalle und Aula, für die bisher die Arbeiten aus Stiftungsmitteln ausgeführt wurden, die nun erschöpft sind, und sonstige kleinere Arbeiten. —

Handels- und Gewerbeverwaltung. Für bauliche Zwecke im engeren Sinne im ganzen rd. 1 Mill. M., davon 500 000 M. auf Miete und Ankauf von Dienstgebäuden für Eichämter (Rastenburg, Crossen a. d. O., Beuthen in O.-S., Oppeln, Aschersleben, Goslar und Hildesheim); 217 000 M. sind für Brückenbauten bestimmt (Netzebrücke bei Vordamm, Aller- und Leinebrücke); 208 700 M. für Uferschutz und Hafenarbeiten (Rügenwalde, Ost-Deep, Saßnitz); 3000 M. sind bestimmt für Versuche auf dem Gebiete des Eisenbetons.

(Von den sonstigen einmaligen Ausgaben ist noch auf einen Betrag von 4,4 Mill. M. hinzuweisen zur Förderung des Luftfahrwesens, davon 1,4 Mill. M. zur Beteiligung an der Lufthansa. In unserem Bericht 1926 ist irrtümlich ein Betrag von 4,5 Mill. M. für den gleichen Zweck unter die Aufgaben für Bauzwecke mit aufgenommen.) —

Domänenverwaltung. Der Haushalt hat insofern eine Umgestaltung gegen früher erhalten, als die einzelnen Betriebszweige mit den Einnahmen und Ausgaben getrennt abgeschlossen sind, nämlich: Verpachtete und selbstverwaltete Domänen; andere Domänen, die nicht Weingüter, Moore usw. sind; Moore; Mineralbrunnen und Bäder; Domänen-Weingüter; Allgemeines. Insgesamt werden rd. 1,3 Mill. M. für bauliche Zwecke angefordert, wenn die Ansätze von 280 000 M. für Erwerbung und erste Einrichtung von Domänengrundstücken, 180 000 M. für die Vorbereitung des Verkaufs der dazu bestimmten Teile der Domäne Dahlem (Berlin), 168 000 M. für die Einrichtung des Klostersgutes Marienthal a. d. Ahr zu staatlicher Weinbaudomäne hier voll mitgerechnet werden. An sonst. Ansätzen sind zu erwähnen 330 000 M. für die Herstellung elektr. Anlagen auf Domänen, 334 000 M. zu Wegebauten und Beihilfen zu solchen bzw. zur Anlage von Eisenbahnhaltestellen. Für die staatl. Mineralbrunnen und Bäder werden in diesem Jahre neue Forderungen nicht gestellt. —

Finanzministerium. Hier sind im ganzen 4 251 000 M. für bauliche Zwecke vorgesehen, davon 120 000 M. für das Ministerium selbst für Unterhaltungszwecke und Erneuerung der Fernsprechanlage, 2,4 Mill. M. für die Hochbauverwaltung. Diese Beträge sollen verwendet werden für die Unterbringung verschied. Behörden in Ortelsburg, Marienburg, Schlawe, Eschwege, Minden, Militsch mit zus. 914 000 M.; ferner 874 000 M. als Schlußrate für Neubau eines Regierungsdienstgebäudes in Schneidemühl und 150 000 M. zur Ergänzung seiner inneren Einrichtung. Vorgesehen sind ferner 130 000 M. für Hauptinstandsetzungen an von der Krongutverwaltung abgegebenen Gebäuden (Bauhofstr. 3—5, Berlin, Kronprinzenpalais, Schloß Niederschönhausen, Schloß Celle, Schloß Bellevue) usw. —

Justizverwaltung. Von der Gesamtforderung von rd. 4,83 Mill. M. entfallen 250 000 M. auf Umbau der großen Schlafsäle in den Gefangenenanstalten in kleine Schlafräume und Beseitigung der Schlafkojen, 220 000 M. auf Erweiterungsarbeiten bei Gefangenenanstalten (Wohnungsbauten für Beamte). Für außerordentliche Instandsetzungsarbeiten an Geschäftsgebäuden sind 1,5 Mill. M. vorgesehen. Für den Bezirk des Berliner Kammergerichtes werden 800 000 M. als zweite Rate

*) Vgl. hierzu den Haushaltsentwurf 1926 in Wirtschaftsbeilage Nr. 5, Jahrg. 1926. S. 33 ff. —

für den Neubau einer Strafanstalt gefordert (Gesamtkosten 4,5 Mill. M.) zur Durchführung des modernen Strafvollzuges in Stufen. Wahrscheinlich wird die Anstalt bei Brandenburg errichtet, und die dortige Anstalt geht dann ein. Für den Bezirk des Ob.-Landesger. Düsseldorf werden 250 000 M. gefordert als zweite Rate für den Neubau eines Geschäfts- und Gefängnisgebäudes (Gesamtkosten 1,82 Mill. M.); für das Ob.-Landesger. Hamm 555 000 M. zum Bau eines neuen Amtsgerichtes in Dorsten, desgl. in Hamm, desgl. zur Erweiterung in Rheine; für das Ob.-Landesger. Köln 500 000 M. als siebente Rate für den Erweiterungsbau des Land- und Amtsgerichtes in Aachen (2,5 Mill. M.); für das Ob.-Landesger. Königsberg i. Pr. 750 000 M., davon erste Rate von 220 000 M. für das Amtsgericht mit Gefängnis in Biella, 500 000 M. für die Fortführung der Justizneubauten in Königsberg selbst als erste Rate. Es handelt sich hier um die Fortführung bzw. Erweiterung des 1914 bis 1917 errichteten aber nicht vollendeten Baues für die Ziviljustizverwaltung mit Wohnung für den Oberlandesgerichtspräsidenten sowie den Neubau eines Gefängnisses für etwa 130 Gefangene (Gesamtkosten etwa 2,5 Mill. M.). —

Landwirtschaftliche Verwaltung. Gesamtforderung 4,96 Mill. M. Diese verteilen sich auf das Ministerium selbst mit 86 000 M. (Hauptinstandsetzungen am Ministerialgebäude), landwirtschaftl. Hochschulen mit 456 600 M. (Berlin 91 700 M., Poppelsdorf 107 500 M., Versuchs- und Forschungsanstalt für Milchwirtschaft in Kiel 180 000 M. für Ergänzungsbauten und Einrichtungen); Tierärztliche Hochschulen 349 000 M. Von letzterem Betrag kommen auf Berlin 162 000 M. (Neubau einer Sektionshalle f. d. Pathol. Inst.), der Rest auf Hannover. Für die Fischereiverwaltung werden 153 500 M. ausgeworfen. Der Hauptbetrag von 3,94 Mill. M. entfällt auf Wasserwirtschaft, Landesmelioration, Moore, Deich-, Ufer- und Dünenwesen. Für allgem. Zwecke sind hier 3000 M. als weiterer Beitrag zu den Versuchen auf dem Gebiete des Eisenbetonbaues ausgeworfen (3000 M. auch von der Handels- u. Gewerbe-Verwaltung, 15 000 M. vom Reich). Die übrige Summe verteilt sich auf die Provinzen wie folgt: Ostpreußen 90 000 M., Brandenburg 518 400 M., Pommern 542 000 M., Niederschlesien 4500 M., Sachsen 51 000 M., Schlesw.-Holstein 1 735 000 M.,

Hannover 228 250 M., Hessen-Nassau 21 500 M., Rheinprovinz 1 042 250 M.

Nach dem Verwendungszweck sind 10 000 M. für Hochbauten, 45 000 M. für Straßenbauten, 100 000 M. für Schleusenbauten, 173 750 M. für wasserbauliche Arbeiten verschied. Art, 501 900 M. für Brückenbauten und rd. 3,4 Mill. M. für Uferschutz- und Deichbauten bestimmt. Aus letzteren Forderungen seien besonders erwähnt: 1 Mill. M. als zweite Rate der Beihilfe zur Eindeichung für vom Hochwasser bes. bedrohte rhein. Gemeinden (insges. 5.884 Mill. M. erforderlich, davon hat die Provinz zwei Fünftel zu tragen); zum Bau einer Schutzmauer auf Helgoland wird der Restbetrag von 500 000 M. gefordert; 334 000 sind als sechste Rate zum Bau einer Stranddeckung auf Hallich Hoge, 363 000 M. als Restbetrag für die Wiederherstellung des Dammes Oland-Festland bestimmt. Von den Brückenbauten sind zu erwähnen: 150 000 M. für den Neubau der Brücke in Neubrück, Prov. Brandenburg, 126 000 M. für die Berliner Brücke über den Potsdamer Stadtkanal, ferner Beträge für eine Unstrutbrücke bei Sachsenburg u. Fuhsebrücke bei Peine. Unter den Ansätzen für wasserbauliche Zwecke findet sich ein kleiner Betrag von 25 000 M. als Beihilfe zu einem Harzwasserfonds. (Insgesamt werden je 25 000 M. von den Provinzen Hannover und Sachsen zusammen, von Landwirtschafts-, Industrie- und Handelskammern sowie von den betr. Kommunalverbänden aufgebracht, um die die gesamte Wasserwirtschaft des Harzes berührenden Tal-sperrprojekte einer gründlichen einheitlichen Prüfung zu unterziehen.) —

Forstverwaltung. Die Gesamtforderung beträgt 9,93 Millionen M. Davon entfallen 5 Mill. M. als außerordentlicher Zuschuß auf den Forstkulturfonds, 2,27 Mill. M. auf Ankauf und erste Einrichtung von Grundstücken zu Forsten sowie auf Herstellung von Straßen usw. auf zu verkaufenden Forstgrundstücken; 1,5 Mill. M. als Zuschuß zum Forstbaufonds; 300 000 M. auf Wohnungen für Forstarbeiter, 100 000 M. als außerordentlicher Zuschuß zum Wasserbaufonds und 400 000 M. Zuschuß zu Vorflut-Anlagen sowie schließlich 553 000 M. zum Neubau von Oberforstereigehöften bzw. dazugehörigen neuen Wohnhäusern. — (Schluß folgt.)

Wohnungswirtschaft.

Richtlinien des Verbandes deutscher öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten für die Finanzierung der Wohnungsbautätigkeit. Der Verband hat auf Grund einer unter Beteiligung der Preuß. Landespfandbriefanstalt und der Preuß. Zentralstadtschaft stattgefundenen Besprechung den dem Verbands angeschlossenen beteiligten Grundkreditanstalten empfohlen, ihren Emissionskredit soweit als möglich für den Wohnungsneubau zur Verfügung zu stellen und hat hierfür folgende Richtlinien in Vorschlag gebracht:

1. Die Beleihungsgrenze für I. Hypotheken kann mit Rücksicht auf die Veränderung der Wirtschaftslage, insbesondere den Rückgang der Zinssätze, grundsätzlich bis zu 40 v. H. des jetzigen Bau- und Bodenwertes ausgedehnt werden.

2. Die Gewährung von II. Hypotheken kann bis zur Beleihungsgrenze von 60 v. H. des Bau- und Bodenwertes erfolgen, sofern die Bürgschaft seitens eines Kommunalverbandes übernommen wird.

3. Um den Kommunalverbänden diese Bürgschaftsübernahme zu erleichtern, wird empfohlen, aus dem Aufkommen an Hauszinssteuern einen Bürgschaftssicherungsfonds bis zur Höhe von 10 v. H. der zu übernehmenden Bürgschaften zugunsten der Kommunalverbände zu bilden.

4. Zwecks Erleichterung und Sicherstellung der Zinszahlung wird empfohlen, in Ergänzung der bisherigen Bestimmungen, die Verwendung eines Teils des Hauszinssteuer-Aufkommens zur Gewährung von Zinszuschüssen für I. bzw. II. Hypotheken zuzulassen.

5. Die durch die vorstehenden Maßnahmen ermöglichte stärkere Inanspruchnahme des Kapitalmarktes läßt eine Ermäßigung der zu gewährenden Hauszinssteuerhypotheken und damit eine Erweiterung des Bauprogramms zu.

6. Für ein Bauprogramm von 200 000 Wohnungen im Reichsgebiet würden hiernach benötigt werden: 800 Mill. I. Hypotheken, 400 Mill. II. Hypotheken, 600 Mill. Hauszinssteuerhypotheken, 200 Mill. Eigenkapital.

Der Verband ist der Auffassung, daß, eine günstige Entwicklung des Kapitalmarktes vorausgesetzt, die Auf-

bringung des erforderlichen Hypothekarkredits keine Schwierigkeiten bereiten wird.

Die Preuß. Landespfandbriefanstalt, die bei der Festlegung der Richtlinien mitgewirkt hat, gewährt satzungsgemäß ihre Kredite lediglich für Neubaufinanzierungen. Sie gibt zur Zeit hypothekarische Darlehen auf der Grundlage ihrer 7-, 6- und 5prozentigen Pfandbriefe sowie Kommundarlehnen auf der Grundlage ihrer 7- und 6prozentigen Kommunalverschreibungen aus. —

Baupolizeiwesen.

Über Verwendung von Rohrgewebe als Putzträger gibt die städt. Baupolizei Berlin folgendes bekannt: Das Doppelrohrgewebe ist hinsichtlich der feuerhemmenden Wirkung anderen einfachen Geweben „Mattengewebe“ überlegen, weil der Putz dank der Verkleidung zwischen den unteren stärkeren Rohren festsitzt. Angesichts des geringen Mehrpreises des Doppelrohrgewebes von 0,04 RM. je fix und fertig verlegten Quadratmeters (nach Verein Berliner Rohrdeckenfabrikanten) ist die Forderung nach dem Doppelrohrgewebe auch wirtschaftlich vertretbar. Sollte indessen in Zukunft durch Preisverschiebung das Doppelrohrgewebe unwirtschaftlich werden, so werden wir durch planmäßige Versuche einen wirksamen, wirtschaftlich günstigeren Ersatz zu schaffen suchen. —

Verdingungswesen.

Die Verdingungsordnung für Bauleistungen, die vom Reichsverdingungsausschuß aufgestellt wurde, ist durch Verfügung des Ministeriums der Finanzen vom 29. 12. 1926 für die Hochbauverwaltung des Freistaats Oldenburg (einschl. der Landesteile Lübeck und Birkenfeld) probeweise als Dienstvorschrift eingeführt worden. —

Inhalt: Kritische Betrachtungen über die „Zentrale Bauwirtschaft für Groß-Berlin auf gemischt-wirtschaftlicher Grundlage“. — Das Bauwesen im preuß. Staatshaushaltsentwurf für 1927. — Wohnungswirtschaft. — Baupolizeiwesen. — Verdingungswesen. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Fritz Eiselein in Berlin. Druck: W. Büxenstein, Berlin SW 48.

Bautennachweis.

Nur eigene Meldungen nach amtlichen Angaben. — Nachdruck nicht gestattet.
Abkürzungen: Bh. = Bauherr; Bl. = Bauleitung; Ausf. = Ausführender;
gepl. = geplant; beg. = begonnen.

Groß-Berlin.

Genehmigte Bauvorhaben:

- Bezirk Cöpenick.** Wohnhaus, Bohnsdorf, Waltersdorfer Str. 4; Bh. A. Rohde, Bdf., Waltersdorfer Str. 96. —
— Zweifamilienhaus, Bdf., Bahnhofstr. 29; Bh. A. Entreß, Bdf., Waltersdorfer Str. —
- Bezirk Neukölln.** Einfamilienhaus, Rudow, Straße 14; Bh. E. Buhl, R. Buckower Chaussee; Ausf. C. Linde, Neukölln, Hertzbergstr. 32-33. —
— Kleinhaus, Buckow, Lichtenrader Chaussee; Bh. F. Krüger, das.; Ausf. O. Wuthe, Li., Bahnhofstr. 21-22. —
- Bezirk Pankow.** Vierfamilienhaus, Buch, Humboldtstr. 2-3; Bh. M. Bierwirth, das. —
— Einfamilienhaus, Buch, Gutenbergstr. 36; Bh. A. Schaub, Buch, Gutenbergstr. 27. —
— Zweifamilienhaus, Buch, Eupener Str. 4; Bh. A. Gazkowsky, das. —
— 4 gesch. Wohnhaus, Pankow, Borkumstr. 23; Bh. Schaldach & Co., Berlin W 62, Lutherstr. 33. —
— 4 gesch. Büro- u. Fabrikgeb., Pkw., Arkonastr. 3; Bh. „Eta“ G. m. b. H., Pkw., Hiddenseestr. 10. —
— 4 gesch. Wohnhaus, Pkw., Binzstr. 17; Bh. Terraing's. Kaiserdamm G. m. b. H., Charlottenburg, Klaus-Groth-Str. 11. —
— Zweifamilienhaus, Niederschönhausen, Zietenstr. 13; Bh. H. Vogt, Ndsch., Waldstr. 22. —
— Einfamilienhaus, Ndsch., Blücherstr. 40; Bh. O. Tönse, Ndsch., Kaiserweg 6. —
— Zweifamilienhaus, Schönholz, Schulweg; Bh. B. Jähne, Reinickendorf, Hausotterstr. 39. —
— Zweigesch. Wohnhaus, Blankenfelde, Hauptstr.; Bh. F. Berkholz, Bfde., Hauptstr. 29. —
— Zweigesch. Fabrikgeb., Heinersdorf, Rothenbachstr. 46-47; Bh. Gebr. Schmidt, G. m. b. H., das. —
— Einfamilienhaus, Hdf., Zampastr.; Bh. E. Hanke, Hdf., Zampastr. 36. —
— Einfamilienhaus, Hdf., Slepnerstr. 33; Bh. H. Sagawe, Berlin O 34, Lönstr. 13. —
— Einfamilienhaus, Hdf., Hildestr. 5; Bh. A. Schwenzer, Berlin NO 55, Marienburger Str. 1. —
— Einfamilienhaus, Karow, Lönstr. 3; Bh. G. Stuhlmann, das. —
- Bezirk Prenzlauer Berg.** Wohnhausgruppe, Paul-Heyse-Str.; Bh. Gemeinn. Heimstätten, Spar- u. Bau-A.-G., Sebastianstr. 37-38; Ausf. Bauhütte G. m. b. H., Wilhelmstr. 106. —
- Bezirk Schöneberg.** 6 Wohnhäuser, Verl. Innsbrucker Str., Ostseite, Baublock I u. IV; Bh. Heimstätten-Siedlung Berlin-Wilmersdorf, Gemeinn. A.-G., Bln.-Wilmersdorf, Siegburger Str. 3; Ausf. Berlinische Bau-G. m. b. H., Berlin, Charlottenstr. 60. —
— 106 Garagen, Sachsendamm, Tempelhofer Weg; Bh. A. Bartel G. m. b. H., Berlin, Genthiner Str. 17. —

- Bezirk Tempelhof.** Einfamilienhaus, Mariendorf, Straße 160, Siedl. „Daheim“; Bh. L. Antz, T., Albrechtstr. 40; Ausf. B. Noack u. L. Antz. —
— Einfamilienhaus, Mdf., Straße 113, Nr. 10; Bh. F. Voigt, Berlin, Blücherstr. 60. —
— Einfamilienhaus, Mdf., Straße 164; Bh. E. Radtke, Britz, Rudower Straße 24; Ausf. Kleinwohnhaus-Bauges., Berlin. —
— Kleinhaus, Lichtenrade, Potsdamer Str. 33; Bh. A. Rothe, das.; Ausf. H. Kather, Berlin, Samoatr. 10. —
— Gruppenhaus, Tempelhof, Wolframstr. 12-12b; Bh. Heimstätten-Siedlung Bln.-Wilmersdorf, Wilmersdorf, Siegburger Str. 3; Ausf. Lerche & Nippert A.-G. —
— 2 Wohnhausgruppen, Tpf., Berliner Str. 28-34a; Bh. Tempelhofer Feld-A.-G. für Grundstücksverwertung, Berlin W 8, Charlottenstr. 60. —
— Einfamilienhaus, Mdf., Straße 125; Bh. H. Haecke, Schöneberg, Apostel-Paulus-Str. 40. —
— Einfamilienhaus, Mdf., Straße 125; Bh. A. Erdmann, Schöneberg, Krumme Str. 9. —
— Einfamilienhaus, Lichtenrade, Augsburgstr. Str.; Bh. P. Wallisch, Schöneberg, Gutzkowstr. 2; Ausf. A. Schilling, Lichterfelde, Viktoriastraße 11. —
— Kleinhaus, Lichtenrade, Paetschstr. 27; Bh. G. Hendtschke, Berlin, Friedenstr. 55; Ausf. Kleinwohnhaus-Bauges., Berlin, Invalidenstraße 20. —
— Kleinhaus, Lde., Braunfelsstr. 25; Bh. G. Weidemann, Berlin S., Neue Jakobstr. 10; Ausf. Instand-Haus-Bau G. m. b. H., Berlin NO, Kniprodestr. 10. —
- Bezirk Treptow.** Einfamilienhaus, Alt-Glienicke, Germanenstr. 73; Bh. K. Scherf, Neukölln, Richardstr. 118. —
- Bezirk Wilmersdorf.** Garagengeb., Grunewald, Fontanestr. 10; Bh. G. Jacobowitz, Berlin W 15, Joachimsthaler Str. 9. —
— Büro- u. Geschäftsgeb., Schmargendorf, Salzbrunner Str. 18-20; Bh. F. Richter, Charlottenburg, Fredericiastr.; Bh. W. Peters, Dahlem, Schorlemer-Allee 26. —
— Garagengeb., Grunewald, Höhmannstr. 9; Bh. L. Bamberger; Ausf. Prof. A. Gefner, Charlottenburg, Bismarckstr. 109. —
- Bezirk Zehlendorf.** Einfamilienhaus, Zdf., Georgenstr. 1; Bh. R. Hohenstein, Wilmersdorf, Jenaer Str. 15. —
— Einfamilienhaus, Dahlem, Löhleinstr. 41; Bh. W. Laas, Wdf., Lauenburger Str. 2. —
— Einfamilienhaus, Dahlem, Königin-Luise-Str. 30; Bh. H. Schlag, Berlin, Lutherstr. 46. —
— Garage m. Wohnung, Nikolassee, Waltharistr. 28; Bh. Dr. Scheuermann, das.; Ausf. Riedel & Koch, Zdf., Berlepschstr. 11-13. —
— Garage, Zdf., Kronprinzessinnenstr. 6; Bh. Bichter, das. —
— Garage, Zdf., Karlstr. 15; Bh. von Tilly, das. —

Provinz Schlesien.

Beantragte Bauvorhaben:

- Breslau.** Wohnhäuser, Eschenloer Str. 11/13; Bh. Oskar Jandel, Reuterstraße 40. —
— 6 Wohnhäuser, Eschenloer Str. 4/14; Bh. D. Pietzka, Hennigsdorf, Bez. Breslau. —

Kleinzentralheizung in Landschulen.

Der sparsamen Beheizung der Schulen auf dem Lande wird leider nicht immer die nötige Aufmerksamkeit gewidmet. Die Schuld liegt daran, daß man sich in der Regel noch nicht entschließen konnte, von der unwirtschaftlichen Einzelbeheizung der verschiedenen Räume abzugehen, trotzdem seit Jahr und Tag die Kleinzentralheizung bekannt ist und sich so gut bewährt hat, daß sie heute, soweit kleinere Bauten in Frage kommen, auf dem Bauplatz allgemein verwendet wird. Für ländliche Schulen hat die Original-Kleinzentralheizung, die in der Öffentlichkeit unter dem Namen „Narag-Classic-Heizung“ bekannt geworden ist und aus dem Narag-Kessel und den Classic-Radiatoren besteht, vor allem den Vorzug, daß nur eine einzige Feuerstelle zu bedienen ist, von der aus sämtliche Räume durch Heizkörper erwärmt werden, was bei dem vielfachen Mangel an Bedienungspersonal durchaus zu begrüßen ist. Außerdem läßt sich der in seiner äußeren Gestalt sehr geschmackvoll ausgeführte Narag-Ofen, der zweckmäßig im Zimmer des Schulleiters oder in dessen seiner Heizleistung



ausgezeichnet dem jeweiligen Heizbedürfnis anpassen. Handelt es sich lediglich um die Beheizung der Schulräume, so wird man in der Regel mit einem Heizkessel auskommen. Soll aber die meist im gleichen Hause befindliche Lehrerwohnung auch eine Kleinzentralheizung erhalten, so wird man zwei Heizkessel aufstellen. Eine solche Kleinzentralheizungsanlage ist in der Anschaffung nicht teurer, als eine Einzelofenanlage von gleicher Heizwirkung, im Betriebe aber erwiesenermaßen billiger. Mit verhältnismäßig geringen Mehrkosten kann außerdem an die Narag-Classic-Heizung eine Brausebadanlage angeschlossen werden, was bei dem auf dem Lande herrschenden Mangel an Warmbadegelegenheiten aus hygienischen Gründen besonders zu begrüßen ist.

Interessenten erhalten auf Wunsch ausführliche Beschreibungen Nr. 133 kostenfrei durch die Nationale Radiator Gesellschaft m. b. H., Schönebeck/Elbe, die in Berlin, Wilhelmstraße 91, Ausstellungsräume unterhält, in denen Zentralheizungen jeder Art und Größe zwanglos besichtigt werden können.

- Wohnhaus, Kospothstr. 57; Bh. Simon & Halpaap, Ahorn-Allee 34. —
- Doppelwohnhaus, Merkur-, Ecke Marsstr.; Bh. Th. Cichos, Siedlung Gröschelbrücke, Venusstr. —
- 4 Wohnhäuser, Neue Adalbertstr. 128-132; Bh. D. Pietzka, Hennigsdorf, Bez. Breslau. —
- Achtfamilienhaus, Oswitzer Chaussee; Bh. Th. Cichos, Siedlung Gröschelbrücke, Venusstr. —
- Wohnhaus, Breslau-Carlowitz; Bh. Oskar Haase, Fürstenstr. 116. —

Geplante Bauvorhaben:

- Woblar.** 5 Zweifamilien-Doppelwohnhäuser, Verl. Feldstr.; Bh. Gemeinn. Siedlungs- u. Baugesellschaft m. b. H. —
- Einfamilien-Reihenhäuser, Verl. Jahnstr.; Bh. Wohnungsbau- u. Spargenossenschaft m. b. H. —
- Freiburg.** 4 Sechsfamilienwohnhäuser; Bh. Baugenossenschaft der Kriegsbeschädigten in Freiburg; Ausf. Schlodder & Seiffert, Freiburg. —

Provinz Hannover.

Beantragte Bauvorhaben:

- Hannover.** Wohnhaus, Halkettstr. 13; Bh. Kahle, Philipsbornstr. 46; Arch. Hakenholz, Alleestr. 5. —
- Wohnhaus, Dorotheenstr. 16; Bh. Stadtbauamt, Abt. I, Arch. Stein. —
- 5 Wohnhäuser, Ricklinger Stadtweg; Bh. Spar- u. Bauverein, Schloßwenderg. 1; Arch. Schick. —
- Wohnhaus, Tiekstr. 18; Bh. Zimmermann; Arch. Viehmeyer. —
- 2 Wohnhäuser, Harnischstr. 5 u. 6; Bh. Loewe, Sedanstr. 71; Arch. Holland. —
- Wohnhaus, Badenstädter Str. 18; Bh. u. Arch. Asche, Altenstr. 1. —
- 4 Wohnhäuser, Langenforther Str. 38-44; Bh. Siedl. Gen. Wittekind; Arch. Venske, Im Heidkampe 24. —
- 2 Wohnhäuser, Frickastr. 2 u. 4; Bh. Siedl. Gen. Wittekind; Arch. Venske, Im Heidkampe 24. —

Geplante Bauvorhaben:

- Hildesheim.** Mietwohnhaus, Kalenberger Graben 13; Bh. Paul Schenkemeyer, Großdüngen; Arch. Beilicke & Gehrrens, Osterstr. —
- Garage, Linkstr. 10; Bh. Konrad Schäfer, das.; Ausf. O. Ewig, Hornemannstr. —
- Garage, Peiner-Landstr. 36; Bh. Otto Rebberch, das.; Arch. K. Müffelmann, das. —

Provinz Westfalen.

Geplante Bauvorhaben:

- Bielefeld.** Großes Jugendheim, Niedermühlenkamp; Bh. Stadt. —
- Blankenstein.** Ausbau und Erweiterung der Burg; Bh. Stadt Bochum. —
- Bochum.** Hauptzollamt; Bh. Zollfiskus. —
- Coesfeld.** Finanzamt; Bh. Stadt und Regierung. —
- Holzen.** 2 Wohnhäuser; Bh. Gemeinde. —
- Langendreer.** 200 Wohnungen; Bh. Gemeinde. —
- Lünen-Horstmar.** Um- und Neubau, Zeche „Preußen“. —
- Meinerzhagen.** Kath. Schule; Bh. Gemeinde. —
- Oestrich.** Sechsfamilienhaus; Bh. Gemeinde. —
- Rheine.** Krankenhaus, Dütumer Str.; Bh. Verwaltung des Matthias-Spitals. —
- 28 Wohnungen; Bh. Gemeinn. Bauverein. —
- Söle.** Turnhalle; Bh. Gemeinde. —
- Wattenscheid.** Wohnungsbauten; Bh. Gemeinn. Baugen. „Kinderreich“. —

Beantragte Bauvorhaben:

- Hamm.** Wohnhaus, Rietzgartenstr.; Bh. W. Nölle, Südstr. 6; Arch. W. Knapke, Pelkum b. Hamm. —
- Wohnhaus, Hasenstr.; Bh. H. Nolte, Werries b. Hamm, Bismarckstraße 19; Ausf. Bauproduktivgenossenschaft „Gemeinwohl“, Sedanstraße 2. —
- Wohnhaus, Hasenstr.; Bh. H. Suntrop, Baldenhofer Weg 125; Arch. Piork, Sedanstr. 58. —
- Wohnhaus, Hasenstr.; Bh. F. Krabus, Ostenallee 148; Ausf. Bauproduktivgenossenschaft „Gemeinwohl“, Sedanstr. 2. —
- Wohnhaus, Lohweg; Bh. W. Lange, Lohweg 56; Ausf. Dipl.-Ing. K. Wibbe, Westenwall 8. —
- Wohnhaus, Kuhstr.; Bh. G. Sander, Mark b. Hamm, Soester Str. 20; Ausf. Klütting & Hoven, Brüderstr. —
- Wohnhaus, Lohweg; Bh. J. Schütgens, Lohweg 28; Arch. K. Wibbe, Westenwall 8. —
- Wohnhaus, An der Insel; Bh. J. Zißner, Vorsterhauser Weg 22a; Ausf. R. u. W. Eppendorf, Baugeschäft, Alleestr. 60. —

Rheinprovinz.

Geplante Bauvorhaben:

- Homburg.** 250 Wohnungen; Bh. Stadt. —
- Eschweiler b. Aachen.** 100 Wohnungen; Bh. Stadt. —
- Eschweiler-Röthgen.** Lehrerwohnungen, Eschweiler-Röhe; Bh. Stadt Eschweiler. —

- Roisdorf.** Landwirtschaftl. Schule, Gut Villa Anna; Bh. Krs. Bonn. —
- Alsdorf b. Aachen.** 20 Wohnhäuser, Weinstr.; Bh. Eschweiler Bergwerks-Verein. —

- Grimminghausen.** Schule mit Bad; Bh. Krs. Neuß. —
- Zons.** Schulhaus; Bh. Krs. Neuß. —
- Delhoven.** Schulhaus; Bh. Krs. Neuß. —
- Freienberg b. Geilenkirchen.** Weiterer Häuserblock; Bh. Reichs-siedlung. —
- Beggendorf.** Einfamilienhäuser; Bh. Gemeinn. Baugenossensch., Baisweiler. —

- Kaiserswerth.** Turnhalle; Bh. Gemeinde. —
- Holzheim.** 18 Wohnhäuser; Bh. Gemeinde. —
- Lannesdorf.** Wasserhochbehälter; Bh. Bauamt Bad Godesberg. —
- Leubsdorf.** Schulhaus; Bh. Gemeinde und Kreis. —
- Eitorf.** Krankenhausanbau; Bh. Gemeinde. —
- Coblentz.** Bürohochhaus, Emil-Schüller-Str.; Bh. Stadt. —
- Menden.** 16 Einfamilienhäuser; Bh. Gemeinn. Baugenossenschaft Menden; Arch. Becker, Siegburg. —

- Beuel b. Bonn.** Strandbadanlagen; Bh. Gemeinde. —
- Kettwig.** Mehrere Wohnhäuser, Krummacher Str.; Bh. Tuchfabrik Scheidt. —
- Essen.** Wohn- und Geschäftshaus, Von-der-Tann-Straße; Bh. u. Ausf. Franz Göbel. —
- Wohnhaus, Heinrichstr.; Bh. u. Ausf. Emil Hackhorst. —
- Wohn- und Geschäftshaus, Ludgerusstr.; Bh. Neujahn & Nix; Ausf. Ferdinand Nix. —
- Mehrere Wohnhäuser; Bh. Bauverein Heimadank; Ausf. Arch. Famser, Rüttscheider Str. —
- Villa, Arfeldstr.; Bh. Kloh & Stockebrand; Ausf. Arch. Langen. —
- Mehrere Wohnhäuser; Bh. Verein der Kruppschen Beamten. —
- Wohnhaus, Kanalstr.; Bh. Karl Kirchhoff. —
- Bürohaus, Erftr.; Bh. Heinr. Weyers. —

Genehmigte Bauvorhaben:

- Barmen.** Landhaus, O. Lichtenpl. Str. 256; Bh. Paul Benrath, Unterdörmerstr. 58; Bl. Ludw. Conradi, Uferstraße 6. —
- Wohnhaus, Goebenstr. 19; Bh. E. Stursberg, Heusnerstr. 18; Bl. Fritz Noß, Eisenstr. 20. —
- Wohnhaus, Goebenstr. 21; Bh. Frau N. Süßmann, Augustastr. 17. Bl. Fritz Noß, Eisenstr. 20. —
- Wohnhaus, Südstr. 45; Bh. Fritz Viehoff, Sonntagstr. 41; Bl. W. Fritz Fr. Sohn, Metzger Str. 22. —
- Wohnhaus, Holzrichterstr. 9; Bh. August Glänzter, das.; Bl. E. Röder, Feldstr. 53. —
- 25 Siedlungshäuser, Am Werloh 19-67; Bh. Stadtgemeinde; Bl. Hochbauamt. —
- Wohnhaus, O. Lichtenpl. Str. 333; Bh. Karl Frowein, Ob. Lichtenpl. Str. 323; Bl. Rob. Hausberg, Lothringer Str. 39. —

Provinz Hessen-Nassau.

Genehmigte Bauvorhaben:

- Frankfurt a. M.** Garage, Schwalbacher Str. 78; Bh. Jacob Ebert, das.; Bl. J. A. Helme, Gwinnerstr. 30. —
- Garage, Gr. Nelkenstr. 22; Bh. Louis Sinai, das.; Bl. Joh. Pfeil, Graebstr. 13. —
- Wohnhaus, Gustav-Freytag-Str. 1; Bh. Chr. Kübel, Lichtensteinstraße 4. —
- Hauptzollamt, Domstr., Ecke Markt u. Braubachstr.; Bh. Reichsbauamt, Hochstr. 18. —

Thüringen.

Genehmigte Bauvorhaben:

- Weimar.** Wohnhaus, Fliederweg; Bh. Otto Busch; Ausf. J. O. Berger. —
- Wohnhaus, Fliederweg, Haus „Könia“; Bh. u. Ausf. J. O. Berger. —

Der neue
M
&
W
Preis
u. Muster
d. Fabrikant.
Metallw.-Fabrik
Markus & Wippermann
Soest i. W.

Leistungsgarantie
Leistungsgarantie
Leistungsgarantie

Darfett

ist nicht der billigste,
aber sicher der wirtschaft-
lichste Fußbodenbelag

W. Gail Ww.
A. & G.

Biebrich / Rh.
gegründet 1858

Verlangen Sie Liste „L 5“

Kein Gebäude mehr ohne

Isolierung

gegen Hitze und Kälte, Feuchtigkeit u. Schall
durch Korkstein-Platten



Fordern Sie
Prospekt Nr. 3

FERNRUF: 85, BRAND-ERBISDORF, SACHSEN

Lippe.

Geplante Bauvorhaben:

- Detmold.** Wohnhaus, Lagesche Str.; Bh. E. Sprick; Ausf. S. Krüger. —
— Wohnhaus, Mühlenstr.; Bh. W. Helbrinck; Ausf. S. Krüger. —
— Bürohaus, Paulinenstr.; Bh. Rechtsanwalt Tracht, Weinbergstr. —
— Wohnhaus, Wall; Bh. Dr. med. Nacke; Arch. Hau, Bielefeld. —
— Wohn- und Geschäftshaus, Paulinenstr.; Bh. F. W. Schäfer; Ausf. Kampmann. —

Sachsen.

Genehmigte Bauvorhaben:

- Dresden.** Wohnhaus, Vollmerstr., Dobritz, Flurst. 68 d; Bh. Br. Reuter, Strehleer-Str. 3; Ausf. R. Aehlig, Wendenstr. 5. —
— Zweifamilienwohnhaus, Gustav-Hartmann-Str., Laubegast, Flurst. 417; Bh. P. Witte, Baudissinstr. 3; Arch. E. Lommatzsch, Adolfstr. 6. —
— 2 Wohngebäude, Wilhelm-Busch-Str., Mockritz, Flurst. 91 c; Bh. Br. Nitsche, Busmanstr. 4; Ausf. H. Richter, Johannesstr. 7. —
— 2 Häusergruppen, Bischofswerderstr. 6-8, Neustadt, Flurst. 1747 n; Bh. u. Ausf. H. A. Kockisch, Jägerstr. 37; Arch. W. Träger, Gartenheimgasse 11. —
— Dreihäusergruppe, Stephanstr., Trachau, Flurst. 214 c; Bh. Baugewerke E. Brückner, Großenhainer Str. 153; Arch. J. A. Bohlig, Ammonstr. 38; Ausf. Baugew. E. Brückner, Großenhainer Str. 153. —
— Wohngebäude, Straße 16, Neustadt, Flurst. 1413 q; Bh. Arch. Heiner Faerber, Johannesstr. 14; Ausf. K. Bannack, Johannesstr. 4. —

Pfalz.

Geplante Bauvorhaben:

- Grünstadt.** Wohnhaus; Bh. Sebastian Wilding. —
Kaiserslautern. Wohnhaus; Bh. Baugeschäft Friedrich Fach. —
— Turnhalle, Goethestr.; Bh. u. Arch. Stadtgemeinde. —
Pirmasens. 80 Wohnhäuser, Auf dem Kirchberg; Bh. Bau- u. Spargenossenschaft Pirmasens. —
Thaleischweiler. Fabrik; Bh. Aug. Dubois. —
— Wohnhaus; Bh. Bernh. Greiner. —

Bayern.

Genehmigte Bauvorhaben:

- Augsburg.** Wohnhaus, Gablinger Weg 99; Bh. L. Schlegel, jun. —
— 2 Mehrfamilienhäuser, Metzstr. 37 u. 39; Bh. Baugen. Augsburg-Pfersee e. G. m. b. H. —
— Wohnhaus, a. d. Straße zur Firnhäuserau; Bh. Ludwig Eckhardt. —
— 2 Einfamilienhäuser, Reinholdstr. 15 u. 17; Bhn. Andreas Laber und Joseph Bernhard. —
— 2 Wohnhäuser, Bauernfeindstr. 2 u. 2½; Bh. Gemeinn. Bau- u. Spargen. d. freien Gewerkschaften in Augsburg u. Umgebung G. m. b. H. —
— 2 Wohnhäuser, Singerstr. 17 u. 19; Bh. J. Heißerer. —
— 2 Zweifamilienhäuser, Waldfriedenstr. 25 u. 27; Bhn. Irma Nußbaumer u. Dr.-Ing. Weidenbacher. —
— Zweifamilienhaus, Waldfriedenstr. 29; Bh. Baugenossenschaft Gartenstadt Spicke. —
Fürth. 3 Kriegsblindenhäuser, Fabrikstr.; Bh. König-Ludwig III.- und Maria-Therese-Goldene-Hochzeitstiftung; Arch. Stadtbauamt Fürth. —
— Zweifamilienwohnhaus, Poppenreuth; Bh. Georg Liebel; Arch. Karl Schmauß, Fürth. —
München. Wohnhaus, Zinnebergstr.; Bh. Heimstätten-siedlung. —
— Wohnhaus, Paulsdorfer Str.; Bh. Therese Rinkl. —
— Wohnhaus, Regerstr. 23; Bh. Bauverein Haidhausen. —
— Einfamilienhaus, Farchanterstr.; Bh. H. Barth. —
— Einfamilienhaus, Habacher Str.; Bh. A. Weiß. —
— Einfamilienhaus, Nebelhornstr.; Bh. S. Sträubl. —
— Zweifamilienhaus, Forstenrieder Str.; Bh. K. Apfel. —
— Zweifamilienhaus, Hochwanner Str.; Bh. H. Pöllmann. —
— Wohnhaus, Kunigundenstr. 57; Bh. A. Gruber. —
— Wohnhaus, Waisenhausstr.; Bh. Städt. Waisenhaus. —
— 2 Wohnhäuser, Ferdinand-Maria-Straße 32 u. 34; Bhn. Hartlaub & Eichbauer. —
— Wohnhaus, Camerloherstr.; Bh. J. Rauch. —

Beantragte Bauvorhaben:

- Nürnberg.** 44 Wohnhäuser, Am Hasenbuck; Bh. Baugenossensch. d. Reichsverbandes der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, Ortsgruppe Nürnberg, Immelmannstr. —
— 12 Wohnhäuser, Katzwanger- u. Kleestr.; Bh. OPD. Nürnberg, Bahnhofstr. 2. —
— Wohnhaus, Valznerweiher; Bh. Konrad Ammon, Valznerweiherstraße 5. —
— Wohnhausanbau, Alte Str. 34; Bh. Babette Gundel. —
— Wohnhaus, Äußere Bucherstr.; Bh. J. G. Loos, Eoldstr. 6. —
— Wohnhaus, Kastellstr.; Bh. Karl Müller, Rathenaupl. 14. —
— 4 Wohnhäuser, Peyerstr.; Bh. Baugenoss. Bürgerheim e. G. m. b. H., Voltastr. 69. —
— Wohnhaus, Brucknerstr.; Bh. F. Remshardt, Mügeldorf Hauptstraße 1. —
— 30 Einfamilienhäuser, Staudenweg u. A sternstr.; Bh. Gagfah-Gemeinn. A.-G. f. Angestelltenheimstätten, Zweigniederlassung Süddeutschland, München, Pranner Str. 14. —
— 2 Wohnhäuser und Autounterstandshalle, Schillstr.; Bh. M. Kaiser, Victoriastr. 24. —

Württemberg.

Geplante Bauvorhaben:

- Mittelstadt** (Schwarzwaldkreis). Turnhalle u. Schulhaus; Bh. Gemeinde; Arch. Reg.-Bmstr. Rempis, Nürtingen. —

Lauterbach. Transformatorenhaus, Wasserkraftanlage; Bh. Gemeinde —
Eblingen. Kraftwerk Obereblingen; Bh. Neckar-A.-G. Stuttgart. —
— Krankenhaus, Höh. Fachschule f. Feinmechaniker; Bh. Stadt; Arch. Stadtbauamt. —

Heidenheim-Brenz. 22 Wohnhäuser; Bh. Gemeinn. Bauges. Heidenheim. —
— Ev. Gemeindehaus; Bh. Gemeindehaus-Verein Heidenheim. —
Schnaitheim. 12 Wohnhäuser; Bh. Gemeinn. Bauges. Heidenheim. —

Beantragte Bauvorhaben:

- Stuttgart.** Wohn- u. Geschäftshaus, Im Lärchenhain; Bh. P. Klink. —
— Wohnhaus, Am Kochenhof; Bh. H. Mayer. —
— Wohnhaus, Hermann-Pleuer-Straße 35; Bh. G. Eisele. —
— Wohnhaus, Böheimstr.; Bh. L. Aldinger. —
— Wohnhaus, Sandberger Str.; Bh. M. Vollstädt. —
— 3 Wohnhäuser, Etzelstr. 20-24; Bh. R. Haidlen. —
— Einfamilienhaus, Damaschkestr. 43; Bh. Bau- u. Heimstättenverein. —
— Einfamilienhaus, Albusweg; Bh. P. Baumann. —
— 3 Doppelwohnhäuser, Neue Stuttgarter Str. 60-62, 64-66, 68-70; Bh. Verein f. d. Wohl der arbeitenden Klassen. —
— Einfamilienhaus, Mittelstr.; Bh. E. Eisack. —
— Wohnhaus, Ecke Ebitzweg u. Ruhrstraße; Bh. E. Rist. —
— Wohnhaus, Daimlerstr. 61; Bh. K. Scheidle. —
— Garage, Olgastr. 57; Bh. I. Kärcher. —
— Autohalle, Dännerstr. 38; Bh. R. Knibe. —
— 5 Ein- u. 1 Zweifamilienhaus, Straße 17 Nr. 2, Hahnstr. 4-7, 9 u. 10; Bh. Deutscher Hilfs- u. Siedlungsbund f. Württemberg. —

Baden.

Geplante Bauvorhaben:

- Lahr.** Festhalle; Bh. Brauerei Riegel, Inh. Mayer in Riegel bei Freiburg. —
Neustadt (Schwarzwald). 4 Doppelwohnhäuser; Bh. Bauverein Neustadt. —
Emmendingen. Kaffeehaus; Bhn. Ringwald u. Stuck, Ballkirch. —
— 4 Wohnhäuser; Bh. Handwerker-Vereinigung Emmendingen. —
Weil b. Schopfheim. Rathausumbau; Bh. Stadt; Arch. Stadtbauamt. —
Pforzheim. Werkstättenneubau f. Gaswerk; Bh. Stadt; Arch. Städt. Hochbauamt. —

Oldenburg.

Beantragte Bauvorhaben:

- Oldenburg.** Wohnhaus, Bodenburgallee; Bh. Rich. Seefeldt, Hundsmühler Chaussee 40; Ausf. Siedl.-Bauges. Eversten, Antonstr. 2. —
— Wohnhaus, Bodenburgallee; Bh. Willi Jentsch, Blumenstr. 12; Ausf. Siedl.-Bauges. Eversten, Antonstr. 2. —
— Wohnhaus, Ellernbrook; Bh. Wwe. A. Wessels, Artillerieweg 68; Ausf. Schroer & Warntjes, Artillerieweg 68. —
— Wohnhaus, Bahnhofsalles; Bh. Reinh. Gerdes, Bahnhofsallee 21; Ausf. Gebr. Barkemeyer, Dedest. 10. —
— Wohnhaus, Drögenhasenweg; Bh. Bernh. Maaß, Damm 38; Ausf. H. Bollhorst, Kaspersweg 6. —
— Wohnhaus, Cloppenburg Str.; Bh. G. Voß, Cloppenburg Str. 53. —
— Wohnhaus, Zweigstr.; Bh. Karl Engelberg, Ulmenstr. 46; Ausf. D. & M. Wandscher, Cloppenburg Str. 120. —
— Wohnhaus, Nordmoslesfehn; Bh. Wilh. Brelage, Oldbg., Nordmoslesfehn; Ausf. Behrens & Willers, Südmoslesfehn. —
— 15 Wohnhäuser, Gotenstr.; Bh. u. Ausf. Joh. Husmann, Fichtenstraße 2. —
— Wohnhaus, Hotingsweg; Bh. G. Schütte, Mittelweg 37; Ausf. H. Bollhorst, Kaspersweg 6. —
— Wohnhaus, 1. Feldstr.; Bh. Wwe. M. Oltmanns, Hakenweg 102; Ausf. Schröder & Wöbken, Scheideweg 65. —
— Wohnhaus, 1. Feldstr.; Bh. D. Cordemann, 1. Feldstr. 12; Ausf. Schröder & Wöbken, Scheideweg 65. —
— Wohnhaus, Marschweg; Bh. Ad. Witt, Westerstede i. O.; Ausf. D. Lehmkuhl, Bloherfelder Chaussee. —
— Wohnhaus, Osterkampsweg; Bh. Gerh. Ohlhoff, Bloherfelder Schulweg 62; Ausf. D. Lehmkuhl, Bloherfelder Chaussee. —
— Wohnhaus, 2. Feldstr.; Bh. M. Heuermann, Postenweg 12; Ausf. Schroer & Warntjes, Artillerieweg 68. —
— Wohnhaus, Ellernbrook; Bh. F. Indorf, Westerstede i. O.; Ausf. Grundke & Co., Heinrichstr. —
— Wohnhaus, Bloherfelder Chaussee; Bh. Joh. Claußen, Ziegelhofbaracken 2; Ausf. Joh. Oeltjenbruns, Friedrichsfehn i. O. —
— Wohnhaus, Helmsweg; Bh. Joh. Schröder, Helmsweg 10; Ausf. Wilh. Witte, Bremer Chaussee 16. —
— 4 Wohnhäuser, Friesenstr.; Bh. u. Ausf. Joh. Husmann, Fichtenstraße 2. —
— Wohnhaus, Hotingsweg; Bh. Carl Heilig, Markt 5; Ausf. D. Lehmkuhl, Bloherfelder Chaussee. —
— Wohnhaus, Herrenweg; Bh. Gemeinn. Siedl. Ges. Oldenburg, Moltkestraße 23. —
— Wohnhaus, Hotingsweg; Bh. Fr. Purnhagen, Ofener Str. 39; Ausf. D. Lehmkuhl, Bloherfelder Chaussee. —

Lübeck.

Geplante Bauvorhaben:

- Moising b. Lübeck.** Siedler-Doppelwohnhaus, Niendorfer Str. 156-158; Bh. Spindler u. Geiter, Moising; Ausf. Wilh. Stelly, Felzerstr. 26a. —
Krepfeldorf b. Lübeck. Siedlerhaus, Friedhofsallee 10; Bh. Gemeinn. Siedlungs-Genossenschaft Lübeck, Hundestr. 39-41. —
Travemünde. Garage, Kaiser-Allee 57; Bh. August Eggers, das.; Ausf. Fr. Söhrmann, Travemünde. —

Weshalb ärgern Sie sich?

über die zeitraubende Schreibarbeit bei der Ausarbeitung von Kostenanschlägen und Einholung von Angeboten. Verwenden Sie Anschlag-Formulare EG von extradünnem gut schreibfähigen Spezial-Hartpostpapier, dann können Sie mit einem Mal so viel Exemplare ausschreiben, wie Sie benötigen, trotz besten Papierses niedrigster Preis. Verlangen Sie kostenlos Muster und das Formularemusterheft „Nur für Baumeister“ sowie die 200 Seiten starke reich illustrierte Zeichenartikel-Preisliste L.

Versandgeschäft, Berlin SO36, Reichenbergerstr. 33

W. STILLER
Elektrische Lichtpausanstalt
Cöpenick
Freiheit L / Tel.: 429

Treppenaufbau

Krümmlinge, Kropfstücke
und Handläufer für Geländer
fertigt an
Franz Reifer, Zimmermstr.
Buttstädt bei Weimar.

Nieder-Büssau b. Lübeck. Siedlerhaus; Bh. A. Stamer, Nd.-Büssau; Ausf. Baugesch. Schnauer, Nd.-Büssau. —
Lübeck-Stadt. Gemeindehaus, Moisinger Allee 96-98; Bh. Luther-Kirchen-Gemeinde, Vertreter Polizeirat Rahlf, Moisinger Allee 55 b; Arch. Glogner & Vermehren, Marienkirchhof. —

Aus der Bautätigkeit.

A. Deutschland.

Ahrensburg (Rgzb. Schlesw.). Der Neubau des Pastorats und Gemeindefaasles soll nach einem Entwurf der Architekten Grell & Preutes-Hamburg zur Ausführung kommen. —
Alt-Gaarz (Ostsee). Die Direktion der Schweriner Reichsbahn beabsichtigt die Schaffung einer Bahnverbindung nach dem Ostseebad Alt-Gaarz, die evtl. bis zum Ostseebad Arendsee weitergeführt werden soll. Der Bahnbau erfordert die Summe von 600 000 M. —
Altlußheim (Baden). Der Bürgerausschuß genehmigte die Errichtung eines Volksbades in der Schule und bewilligte 14—15 000 M. —
Bamberg. In der letzten Sitzung des Stadtrats wurde beschlossen, einen kurzfristigen Kredit von 2 250 000 M. aufzunehmen. Die Mittel sollen für Grunderwerbskosten, Wohnungsbauten, für die Erweiterung des städtischen Krankenhauses, für Kanalisation und für Straßenbauten verwendet werden. —
Barmen. Wie verlautet, will die Stadt 2,5 Millionen M. für die Wohnbauförderung zur Verfügung stellen. Geplant ist unter anderem eine Siedlung in der Gemarkung Schönebecker Busch. —
Bartenstein (Ostpr.). Der Kreistag des Kreises Friedland beschloß den Erweiterungsbau des Kreis-Johanniter-Krankenhauses hier für 300 000 M. Baubeginn: im Sommer. —
Bautzen (Sa.). Der Bau einer evangel. Kirche wird in dem benachbarten Orte Großwelka erwogen. —
Berghusen (Holst.). Hier hat man die Anlage eines Wasserwerks für den Ort in Aussicht genommen. —
Blankenese (Hamburg). Nach Plänen des Architekten Paul Marschall soll auf Wielands Feld eine Volksschule erbaut werden. Mit den Arbeiten wird voraussichtlich in Kürze begonnen werden. —
Bremerhaven. Das Schulgebäude der kaufmännischen und gewerblichen Unterrichtsanstalten soll ausgebaut werden. Die erforderliche Summe in Höhe von 200 000 M. ist durch Darlehen beschafft worden. —
Camberg (Hess.-Nass.). Stadtverordneten beschlossen die Errichtung eines städtischen Badehauses. —
Breslau, Bergstraße. Der Magistrat beabsichtigt den Neubau eines Wohnheimes mit 250 Wohnungen. Entwurf u. Bauleitung: Städt. Hochbauverwaltung. —
Albrechtstr. 3. Um- u. Erweiterungsbau der Firma Damenmäntelfabrik Louis Lewy, Ausf. Architekt Arthur Pötzsch, Tauentzienstraße 55. —
Christburg (Westpr.). Nach Fertigstellung des neuen Schulgebäudes konnte nunmehr das Franziskanerkloster von den Schulbehörden geräumt werden. Die Stadtgemeinde hat jetzt das Kloster für 20 000 M. angekauft und der Kreisverwaltung zur Verfügung gestellt, die darin ein Kreisaltersheim unterbringen will. Da es sich um Banlichkeiten handelt, die im Jahre 1290 zur Zeit des Ritterordens als Hospital errichtet, 1678 zum Kloster der Franziskanerinnen ausgebaut und seit 1817 als Simultanschule verwendet wurden, so mußte der Plan für den Um- und Ausbau mit dem Provinzialkonservator gemeinsam aufgestellt werden. Die Baukosten belaufen sich auf 50 000 M. —
Dittersbach. Kr. Waldenburg. Die Gemeinde wird in diesem Jahre 42 Wohnungen an der verlängerten Kirchstraße erbauen. —
Dortmund. Im Sommer soll voraussichtlich mit dem Bau eines großen Mittelschulgebäudes, das als Sammelgebäude der Mädchenschule gedacht ist, begonnen werden. — Die Bauunternehmer Jörgens & Rittershausen lassen auf ihrem Gelände an der Landgrafstraße 10 Häuser mit 65 Wohnungen erbauen. —
Duisburg. Mit dem Bau des Hauptpostamtes in der Nähe des Hauptbahnhofes wird voraussichtlich in einigen Wochen begonnen werden. —
Einbeck (Hannover). Die Stadt plant die Errichtung eines eigenen Finanzamtes und ist bereits dieserhalb bei den maßgebenden Stellen vorstellig geworden. —
Eibing. Von den in der nächsten Zeit zur Durchführung gelangenden Bauvorhaben sind die folgenden besonders hervorzuheben: In erster Linie wird die Hafnrinne auf 4 m bei Normalwasserstand vertieft. Die erste Baurate für 1927 ist vom Reich bereits zur Verfügung gestellt. Am Gänseberg soll eine Zentralfriedhofsanlage mit Krematorium, Park und Krieger-Gedächtnisanlage errichtet werden. Der neue Hafen erfordert dringend die Errichtung eines Getreide- und Warenspeichers, mit dessen Bau sicher für die nächste Zeit zu rechnen ist; die hierfür erforderlichen Kosten belaufen sich auf 500 000 M., wozu Staat und Provinz Beihilfen leisten werden. Weiter sind große Straßenbauten, Pflasterungen, Schulbauten usw. geplant. —
Emmerich. Die Rheinpolizei beabsichtigt, ein Dienst- und Wohngebäude zu errichten, und das Grenzkommissariat will 4 bis 6 Wohnungen für seine Beamten bauen lassen. —
Essen a. R. Unter Beteiligung der Stadt und der Akt.-Ges. f. Hoch- u. Tiefbau, sowie der Verkehrsbank in Berlin wurde eine Akt.-Ges. gegründet, zwecks Errichtung eines großen Neubaus. Das Gebäude wird neben hervorragenden Ladenlokalen und Büroräumen vor allem ein großes Restaurant und ein Café beherbergen und nicht zuletzt ein allen modernen Anforderungen genügendes Großkino von über 2000 Sitzplätzen. Das Kino wird von den Vereinigten Lichtspieltheatern in Essen übernommen werden. Die innenarchitektonische Ausgestaltung des Gebäudes erfolgt durch die Architekten Heydkamp und Bucorius, während die außenarchitektonische Lösung im Rahmen der Burgplatzumgestaltung dem Beigeordneten Bode zufällt. —
Frankfurt a. M. Der Frankfurter Evangel. Landeskirchenrat erwarb von der Stadt den an der Ecke Zeil-Starke-Str. noch unbebaut liegenden Platz und wird hier in absehbarer Zeit ein „Evangelisches Volkshaus“ errichten. —
Gerthe i. W. Krankenhauserweiterungsbau. Außer mit Um- und Erweiterungsbauten soll bald mit einem Neubau (250 Betten) begonnen werden. —
Gleidingen (Hannover). Der Bau eines Neunfamilienwohnhauses soll in Kürze in Angriff genommen werden. Für das laufende Jahr ist des weiteren der Bau einer Leichenhalle in Aussicht genommen. —

Glottau (Ostpr.). Der seit 1914 geplante Schulhausneubau demnächst begonnen werden, nachdem jetzt ein Gelände an der nördlichen Dorfstraße als Bauplatz angekauft worden ist. —

Göttingen. Ein großzügiges Bauprojekt hat der hiesige Spar- u. Bauverein projektiert. Er beabsichtigt den Ankauf eines Geländes zwischen der Goßlerstraße und dem Kirchweg, um hier im Verlauf der nächsten drei Jahre an vier neuen Straßen insgesamt 72 Wohnhäuser zu erbauen. Die neu zu bauenden Häuser werden etwa 72 Wohnungen fassen. Im laufenden Jahre sollen zunächst 72 Wohnungen geschaffen werden. —

Gummersbach. Die Aggertalsperren-Genossenschaft beschloß den Bau einer 22 Millionen cbm fassenden Talsperre. —

Hademarschen (Kr. Rendsburg). Die Gemeindevertretung stimmte einmütig dem Plan zur Errichtung eines Wasserwerks zu. —

Harburg a. d. E. Eine neue Badeanstalt am Außenmühlenteich soll in Kürze errichtet werden. Das Kollegium gab seine Zustimmung. —

Homburg. Für das diesjährige Bauprogramm wurde die Aufnahme einer Anleihe von 1 Million M. beschlossen. Nach Entwürfen von Prof. Kreis soll zunächst ein Rathaus errichtet werden. Mit den Ausschachtungsarbeiten will man im März beginnen. —

Hamm i. W. Die Stadt plant die Erweiterung des Realgymnasiums — Vom Preuß. Staat werden ausgeführt der Bau des Amtsgerichtsgebäudes und des Polizeidienstgebäudes. Mit beiden Bauten wird demnächst begonnen. — Von der Firma J. & C. Schneider wird der Bau eines Emailierwerkes geplant. —

Heiligenbeil (Ostpr.). Der schon seit langer Zeit geplante Neubau eines Amtsgerichtsgebäudes ist nunmehr gesichert. Der neue Justizetat enthält bereits eine größere Summe als erste Baurate für den diesem Sommer zu beginnenden Neubau. —

Der Bau eines Zwölffamilienhauses für Arbeiterwohnungen ist von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden. —

Heiligenstadt. Anlässlich der 700-Jahrfeier der Stadt ist die Errichtung einer Badeanstalt in Aussicht genommen worden, die gelegentlich der Feier eingeweiht werden soll. —

Jülich (Rhl.). Für den gesamten Kreis soll ein gemeinsames Wasserwerk geschaffen werden. Die Bürgermeisterien der Orte Müntz, Hottor, Wetz, Ederen, Barmen, Nordorf und Körrenzig haben sich zu einem Zweckverband zusammengeschlossen. Sämtliche Anlagen werden auf Kosten des Wasserwerks Stolberg-Eschweiler gemacht. Die Arbeiten sollen in aller Kürze in Angriff genommen werden. —

Kiel. Das Bankhaus Wihl. Ahlmann will am Neumarkt, Ecke Willestraße, einen Neubau errichten. —

Köln. Die Oberpostdirektion plant den Umbau des Kölner Hauptpostamtes. Die Bauzeit dürfte mehrere Jahre dauern. —

Landsberg a. d. W. Die Vertretung des Parochialverbandes beschloß sich mit dem Bau einer Kirche in der Brückenvorstadt, Die Baukosten sind auf 325 000 M. veranschlagt. —

Landeshut. Die Stadt plant den Bau eines Schwimmbades. —

Leer (Hann.). Die Kreisverwaltung plant den Bau eines Kreiskrankenhauses an der Annenstraße. —

Leipzig. Die Stadtverordneten genehmigten die Ratsvorlage über die Bewilligung von rund 295 000 M. für den Ausbau von Strecken des Triftweges. Die Ratsvorlage über Straßen- und Brückenarbeiten in der Torgauer Straße und Bewilligung der Kosten 94 000 M. wird genehmigt. —

Lichtenfels (Bay.). Die Postbaugenossenschaft beabsichtigt zunächst auf ihrem Baugelände, Am Goldberg 3, Wohngebäude zu erbauen. —

Liegnitz. Carthaus. Fabrikant Niesche läßt ein dreistöckiges Wohnhaus errichten. Ausführer ist Bauunternehmer Krause hier. —

Lübeck. Der Senatsantrag auf Bewilligung von 152 000 M. für die Herstellung eines Schaustellerplatzes wird angenommen. —

Magdeburg. Es besteht der Plan, die Magdeburger Staatswerft auszubauen. Vorgesehen ist die Schaffung eines neuen Werftbeckens und einer Anzahl neuer Reparaturwerkstätten. Die Bauten erfordern die Summe von rund 500 000 M. —

Die Stadt trägt sich mit dem Gedanken, die zwischen der Strom- und Zollebe auf dem Stadtmarsch liegende Zitadelle vom Fiskus anzukaufen. Ein völlig neuer Stadtteil soll hier entstehen. Auch die Errichtung eines neuen Rathauses ist in Aussicht genommen. Das Projekt steckt noch im Verhandlungsstadium. —

Marienburg (Wpr.). Aus dem Sofortprogramm sind der Stadt 150 000 Mark für Erweiterung des Hafens zugesagt worden. —

Memmingen (Schwb.). Der Stadtrat hat das schon seit Jahren geplante Projekt der Erbauung eines neuen Schlacht- und Viehhofes eingehend beraten. Die Kosten werden auf eine halbe bis dreiviertel Million Mark veranschlagt. Es werden nunmehr die Detailpläne ausgearbeitet, worauf möglichst noch in diesem Sommer mit dem Bau begonnen werden soll. —

Militsch. Neubau von drei Siedlungsstellen auf dem Gute Groß-Tschunkawe. Bauherr: Schles. Landgesellschaft Breslau. Ausführung Baugeschäft Schroeder, Militsch. —

München. Für den Hotelausbau Schillerstr. 44 zum „Bahnhospiz“ wurden die Detailpläne genehmigt. —

Neusalz a. d. O. Der Kreistag genehmigte den Bau der Brücke über den großen Landgraben bei Tschiefer. —

Neustadt a. Rügenberge. Die Stadt plant den Bau einer Volksschule für 180 000 M. —

Nieder-Hermsdorf. Die Stadt will mit einem Kostenaufwande von 80 000 M. eine Sportplatzanlage schaffen. Der erworbene Gutsplatz soll mit 20 000 M. Kosten zu einem Volkspark umgestaltet werden. —

Obbornhofen (Hess.). Der Gemeinderat faßte den Beschluß, sofort das Kulturbauamt Gießen mit der Ausarbeitung der Pläne und des Voranschlages zum Bau einer Wasserleitung zu beauftragen. —

Günther's Granit-Putz

D. R. P.

Auerbach i. V. * Dresden-N. 16

Ruf 42, 245 Ruf 14395